

Offener Brief aus dem Netzwerk Agenda 2030 zu den Koalitionsverhandlungen

Die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung möchten wir, zwölf zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke aus unterschiedlichen Bereichen, zum Anlass nehmen, um einige zentrale Anliegen im Hinblick auf den Koalitionsvertrag, der Grundlage künftigen Regierungshandelns, an Sie zu richten.

Mit der Agenda 2030 und ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) hat die internationale Gemeinschaft vor zwei Jahren ein Zielsystem für globale nachhaltige Entwicklung verabschiedet, das es jetzt umzusetzen gilt. Diese Aufgabe trifft auch auf Deutschland und die Bundesregierung zu. Wir appellieren an Sie, die Agenda 2030 sowohl als Leitbild, wie auch als Leitfaden für das Handeln einer künftigen Bundesregierung anzuerkennen und für wichtige Politikfelder zu konkretisieren. Dies sollte zentral im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden.

Die Agenda 2030 betrifft zentrale politischen Sektoren und Handlungsbereiche, die auch in Deutschland von hoher Relevanz sind und die Menschen in unserem Land beschäftigen. Dies sind zum Beispiel: Armutsbekämpfung, vor allem Kinder- und Altersarmut (Ziel 1), nachhaltige Landwirtschaft fördern (Ziel 2), ein gesundes Leben gewährleisten (Ziel 3), Zugang zu Bildung für alle (Ziel 4), Geschlechtergerechtigkeit erreichen (Ziel 5), Anerkennung von Wasser als öffentliches Gut (Ziel 6), Ausbau der Erneuerbaren Energien und Kohleausstieg (Ziel 7), menschenwürdige Arbeit fördern (Ziel 8), Infrastruktur aufbauen (Ziel 9), Ungleichheit verringern (Ziel 10), geordnete, sichere, reguläre Migration und Mobilität von Menschen erleichtern (Ziel 10), nachhaltige Städte mit bezahlbarem Wohnraum schaffen (Ziel 11), nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen (Ziel 12), Klimaziele erreichen (Ziel 13), Meere nachhaltig nutzen und schützen (Ziel 14), Umsetzung der Biodiversitätsstrategie (Ziel 15), friedliche und inklusive Gesellschaften sichern (Ziel 16) und nicht zuletzt das 0,7 Prozent-Ziel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erreichen (Ziel 17).

In all diesen Bereichen gibt es in Deutschland noch viel zu tun. Deshalb muss sich Nachhaltigkeit wie ein roter Faden durch alle Kapitel des Koalitionsvertrags ziehen, mit dem Ziel, in allen Politikfeldern mit konkreten Zielvorgaben die Weichen in Richtung der Umsetzung der Agenda 2030 zu stellen.

Mit der neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), die im Januar 2017 verabschiedet wurde, hat die Bundesregierung einen Rahmen für die Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland gesetzt. Diesen gilt es nun auszufüllen. Die Umsetzung und ambitionierte Weiterentwicklung der DNS muss ein Schwerpunkt des politischen Handelns der nächsten Bundesregierung sein und deshalb unserer Ansicht nach im Koalitionsvertrag verankert werden. Dies gilt auch für eine Stärkung der Instrumente zur Umsetzung der DNS, wie z.B. den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Er muss in die Lage versetzt werden, eine wirksame Nachhaltigkeitsprüfung aller künftigen Gesetzesvorhaben und Maßnahmen durchführen zu können ("Nachhaltigkeits-TÜV"). Auch müssen die Berichte zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie aus den Ministerien regelmäßig erarbeitet und öffentlich diskutiert werden.

Bei der Weiterentwicklung der Strategie muss es vor allem darauf ankommen, die globale Verantwortung Deutschlands stärker in den Blick zu nehmen und diese durch geeignete Ziele und Indikatoren abzubilden. Um eine kohärente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu sichern, muss die Zuständigkeit für die Koordination weiterhin im Bundeskanzleramt verbleiben. Ohne die Partizipation der Zivilgesellschaft wird eine erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie nicht gelingen. Deshalb sind bestehende Kooperationsformate zwischen staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft weiter auszubauen und zu stärken (z.B. Forum Nachhaltigkeit). Auch dies sollte im Koalitionsvertrag bekräftigt werden.

Wir würden uns freuen, wenn diese angesprochenen Themen ihren Niederschlag im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung finden und stehen gern für Gespräche darüber zur Verfügung.

Die Unterzeichner:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO)

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF)

CorA - Netzwerk für Unternehmensverantwortung

Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Forum Menschenrechte

Forum Umwelt und Entwicklung

Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD)

Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Paritätischer Gesamtverband

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV)

Berlin, Januar 2018